



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Wirtschaftsschädliche CO₂-Bepreisung zurücknehmen: Taten statt Populismus!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene entschieden gegen wirtschaftsschädliche CO₂-Bepreisungen einzusetzen.

Begründung:

Die CO₂-Bepreisung in Deutschland und Bayern stellt eine erhebliche Belastung für Bürger und Wirtschaft dar, ohne messbare Vorteile für den Klimaschutz zu erbringen. Sie führt zu steigenden Preisen beim Tanken, Heizen und in der Energieversorgung. Das trifft insbesondere einkommensschwache Haushalte und mindert die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen. Dr. Markus Söder als bayerischer Ministerpräsident hat sich klar gegen eine CO₂-Abgabe positioniert. Nun müssen diesen Worten auch konkrete Taten folgen. Der Ministerpräsident hat durch seine persönlichen Kontakte zum Bundeskanzler alle Möglichkeiten, den deutschen Kurs, der hinsichtlich der CO₂-Debatte auch europaweit tonangebend ist, zu ändern. Es braucht mehr als Populismus um Schaden von der bayerischen Wirtschaft abzuwenden.